

Martin Lechner | Moosstraße 28 | 85567 Straußdorf

Herrn
Landrat Robert Niedergesäß
Landratsamt Ebersberg
Eichthalstraße 5
85560 Ebersberg

[Ihre Nachricht vom]

[Ihre Zeichen]

[Unsere Zeichen]
Martin Lechner

Straußdorf, den
22. Oktober 2017

Antrag an den Kreistag Ebersberg:

Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen

Der Kreistag möge beschließen:

Zur Aufrechterhaltung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Helferkreise sowie der Unterstützung integrationswilliger Flüchtlinge, wendet sich der Landkreis Ebersberg an die Entscheidungsträger in Bund und Land, um zu erwirken, dass bei Gesetzen und Verordnungen sowie deren Ausführungsbestimmungen die nachfolgenden Punkte beachtet werden:

1. Es ist von allen Beteiligten auch weiterhin ein menschlicher Umgang mit Flüchtlingen zu gewährleisten.
2. Bei Abschiebungen ist eine realitätsnahe Bewertung der Sicherheitslage in den Herkunftsländern sicher zu stellen.
3. Solange in den Herkunftsländern Gesundheit und Leben zurückgeführter Flüchtlinge akut gefährdet ist, darf keine Rückführung erfolgen.
4. Außer bei verurteilten Straftätern sind Abschiebungen während bereits begonnenen Integrationskursen und Qualifizierungsmaßnahmen bis zu deren Abschluss auszusetzen.
5. Ohne Einzelfallprüfung erfolgen keine Abschiebungen gemäß der Dublin-III-Vereinbarung.
6. Grundsätzlich muss eine Beschäftigung/Ausbildung von Asylbewerbern ermöglicht und gefördert werden. Bestehende Beschäftigungsverbote sind zurückzunehmen
7. Für geduldete Asylbewerber sind Konzepte zu erarbeiten, welche es ihnen ermöglichen, das bei uns Gelernte nach der Rückkehr in ihre Heimat erfolgreich umzusetzen, um zum wirtschaftlichen und demokratischen Aufbau ihrer Heimatländer beizutragen.

Begründung:

Das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe ist unserem Landkreis ist nach wie vor groß. Viele Helferinnen und Helfer sehen sich aber durch die derzeitige Linie der Asylpolitik vor großen Schwierigkeiten für die von ihnen geleistete Arbeit: sie werden bei den von ihnen betreuten Asylbewerbern vermehrt mit Symptomen von Entmutigung, Frustration und Depression konfrontiert.

Ein Rückzug der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer würde die Situation in unserem Landkreis für alle Beteiligten verschlechtern.

Für den Landkreis bzw. die Steuerzahler, würden hohe Kosten, verursacht durch zusätzlich notwendiges hauptberufliches Personal, entstehen!

Durch die Verabschiedung der o.g. Forderungen werden die Bemühungen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer unterstützt und deren Engagement honoriert.

Selbstverständlich ist es wichtig, dass auch die Flüchtlinge ihren Beitrag leisten, bereit sind sich zu integrieren, unsere Sprache zu lernen und unsere Gesetze einzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Waltraud Gruber, Kreisrätin
Vorsitzende der
Kreistagsfraktion der GRÜNEN

gez. Albert Hingerl, Kreisrat
Vorsitzender der
SPD Kreistagsfraktion

Martin Lechner, Kreisrat
stellv. Vorsitzender der
CSU Kreistagsfraktion